

Danziger Zeitung.

Nr. 1835.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post begogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben - gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 12. Juni. (W. L.) An dem internationalen Aerzte-Congress in Berlin wird der „Nordd. Allg. Atg.“ zufolge außer einer Abordnung der französischen Militärärzte auch eine Deputation teilnehmen, welche von dem Unterrichtsminister entsandt wird, bestehend aus den hervorragenden Professoren Leon Desort, Bouchard und Charles Richel. Ersterer ist in Deutschland rühmlichst bekannt, da er wiederholt unter Bekämpfung aller Angriffe die Pflege und sorgsame Behandlung der französischen Kriegsgefangenen anerkannt, stets den medizinischen Einrichtungen und Fortschritten Deutschlands seine warme Theilnahme zugewandt und sie in der französischen Wissenschaft vertreten hat.

Berlin, 12. Juni. (Privattelegramm.) Das freiconservative „Deutsche Wochenblatt“ bekämpft sehr entschieden die Vorlage über die Erhöhung der Offiziersgehälter und spricht die Besorgniß aus, daß sich die Militärverwaltung nicht aufs nothwendigste beschränke. Das sei ein politischer Fehler. Falls eine Auflösung des Reichstages erfolge, werde die Opposition durch die antimilitärische Störung verstärkt werden. Zweifellos werde die Vorlage über die Erhöhung der Offiziersgehälter mit erdrückender Mehrheit abgelehnt werden.

Pest, 12. Juni. (Privattelegramm.) Nach dem amtlichen Bericht hat sich der Stand der Saaten wesentlich verschlechtert; es wird starkes Umsturzreisen des Rosets constatirt.

Paris, 12. Juni. (Privattelegramm.) Die Schauspielerin Sarah Bernhardt ist an einem Anleiden erkrankt, welches eine gefährliche Operation unvermeidlich macht.

Aiew, 12. Juni. (Privattelegramm.) Da weitere Maßregeln gegen die Juden geplant werden, wandern dieselben neuerdings massenhaft nach Amerika aus.

New York, 12. Juni. (Privattelegramm.) In dem Brooklyn Varietétheater brach gestern Feuer aus, wodurch das Theater gänzlich zerstört und die benachbarten Häuser eingedichtet sind; die Germaniabank und das Parktheater sind theilweise niedergebrannt. Der Gesamtschaden ist enorm.

Politische Uebersicht.

Danzig, 12. Juni.

Der Landtag

wird morgen geschlossen werden. Ein Telegramm meldet:

Berlin, 12. Juni. (W. L.) Beide Häuser des Landtages treten morgen Nachmittag 8 Uhr zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen, um eine königliche Botschaft entgegenzunehmen.

Im Reichstage

erklärte gestern der Staatssekretär v. Bötticher, daß die Regierungen sich vor der Nothwendigkeit überzeugt hätten, das ganze Unfallversicherungsgesetz einer Correctur zu unterwerfen. Sie würden voraussichtlich schon in der nächsten Session dem Hause eine Vorlage machen, welche die Unfallversicherung auf die Fischerei und das Handelsgewerbe ausdehne, und bei diesem Anlafe die ihnen erforderlich scheinenenden Änderungen des Gesetzes in Vorschlag bringen.

Abg. Brömel motivirte alsdann die Resolution, durch welche der Bundesrat erachtet wird, einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher die schließlich Entscheidung der in Böllschen auftauchenden Rechtsfragen dem Rechtswege oder dem verwaltungsgerichtlichen Verfahren überträgt. Die Berathung wird heute fortgesetzt.

Die Militärcommission des Reichstages wird heute in die Specialdiscussion eintreten. In parlamentarischen Kreisen hört man die Erwartung aussprechen, daß die Commission bereits heute ihre Berathungen zum Abschluß bringen werde. Anscheinend ist der Vorlage eine aus den Conservativen, Reichspartei, Nationalliberalen und Centrum bestehende Majorität gesichert. Nach den Zeitungsberichten hat Dr. Windthorst in der vorigestrichen Sitzung der Centrumspartei versichert, der Absehnung der Vorlage werde die Auflösung des Reichstages auf dem Fuße folgen. Die Parteien, die entschlossen sind, die Vorlage ohne Compensationen nicht anzunehmen, haben angefischt der im Lande herrschenden Stimmung keinen Anlaß, sich durch herartige Prophesieungen erschrecken zu lassen. Der Besluß der Commission, daß die Rede, welche General Vogel v. Falckenstein in der Sitzung vom 6. d. M. gegen die Verkürzung der Dienstzeit gehalten hat, für die Mitglieder gedruckt werden soll, ist bisher nicht zur Ausführung gelangt.

Über die heutige Sitzung wird uns telegraphiert: Berlin, 12. Juni. (Privattelegramm.) In der Militärcommission des Reichstages ist die Annahme der Militärvorlage gesichert, da das Centrum dafür ist. Die Vermehrung der Infanterie und Artillerie wurde mit 20 gegen 8 Stimmen bewilligt. Dafür stimmten die Conservativen, die Nationalliberalen und das Centrum.

Windthorst erklärte die Abstimmung für nicht präjudicirend. Das Centrum brachte eine Resolution ein, welche die jährliche Feststellung der Präsenz und die gesetzliche Einführung der zweijährigen Dienstzeit verlangt und spätere angekündigte Projekte ablehnt. Der Antrag Richtet auf jährliche Feststellung wurde abgelehnt.

Die Arbeiterschutzcommission des Reichstages setzte gestern die Berathung fort bei § 113. Derselbe wird angenommen mit einem Zusatz Bebel: „Jede Kennzeichnung der Zeugnisse, welche bewirken soll, daß der Inhaber in seinem Fortkommen behindert werde, ist verboten.“ Abgelehnt wird von Conservativen, Nationalliberalen und einem Theile des Centrums der Antrag Bebel: „Als eine Kennzeichnung der Zeugnisse im Sinne dieses Paragraphen ist auch die von Unternehmerverbänden und Vereinigungen, Innungen u. s. m. ausgehende Ausstellung von Arbeitsbüchern und Arbeitscheinen für die von Ihnen beschäftigten Arbeiter zu betrachten.“ Der unveränderte § 114 wird einstimmig angenommen. Die Commission beschließt nun die §§ 115 bis 119 (Lohnzahlung, Trutzhaft) vorerst zu übergehen und fährt fort bei § 120 (Fortsbildungsschulen). Abs. 1 dieses Paragraphen verpflichtet die Gewerbeunternehmer, ihren Arbeitern unter 18 Jahren die zum Besuch der Fortbildungsschulen erforderliche Zeit zu gewähren. Nach Abs. 2 gelten als solche Schulen auch Anstalten, in welchen Unterricht in weiblichen Hand- und Hausarbeiten ertheilt wird. Nach Abs. 3 können Arbeiter unter 18 Jahren durch Ortsstatut zu diesem Besuch verpflichtet werden. Das Ortsstatut kann die zur Durchführung dieser Verpflichtung erforderlichen Bestimmungen treffen, insbesondere hinsichtlich der Sicherung der Regelmäßigkeit des Schulbesuchs und der Ordnung in der Schule. Abg. Hirsch und Lieber sind gegen den Zwang des Schulbesuchs. Abg. Bebel beantragt, daß die Schulzeit in die übliche Arbeitszeit fallen soll, soweit sie nicht auf Sonntage verlegt wird. Er schildert die Mißstände, die namentlich im Bäckergewerbe hinsichtlich der Dauer der Beschäftigung der jugendlichen Arbeiter bestehen. Nach einer so unzureichigen Arbeitszeit könne die Schule nicht mit Erfolg, keinesfalls aber ohne schwere Schädigung der Gesundheit besucht werden. Abg. v. Kieser-Rehov ist gegen den Schulbesuch am Sonntag; er beantragt ferner, daß die Immunitätsschulen vom Gemeindestatut nicht ergriffen werden dürfen. Abg. Dr. Hirsch ist ebenfalls gegen den Sonntagsunterricht, wo irgend thunlich, doch könnte man das dem Statut überlassen. Abg. Kropaschek beantragt Verbot des Sonntag-Vormittagsunterrichts; Dr. Lieber dasselbe in etwas anderer Formulierung. Handelsminister v. Berlepsch betont gegenüber den Centrumsrednern, daß der obligatorische Charakter der Fortbildungsschulen bereits geltendes Recht sei und die Vorlage nur gewisse Zweifel bezüglich der Zulässigkeit der Bestrafung, wie solche in der preußischen Gerichtspraxis hervorgetreten seien, besitze. Die Sonntagschule solle nach Kräften vermieden werden, wenigstens zu Zeiten des Vormittagsgottesdienstes. Den Ausführungen Bebels hinsichtlich der Mißstände übermäßiger Beschäftigung jugendlicher Arbeiter sei beizupflichten. Er werde bemüht sein, im Verwaltungswege zu verhindern, daß neben allzu langer Arbeitszeit auch noch die Schule den Arbeiter bedrücke; eine Gesetzesbestimmung aber, welche befiehle, daß die Schule in die üblichen Arbeitsstunden fallen müsse, sei nicht wohl angängig; sie schaffte schon an der Schwierigkeit des Begriffs der üblichen Arbeitszeit. Die fiskalischen Betriebe würden übrigens jetzt mit gutem Beispiel hier vorangehen. Geh. Ober-Reg.-Rath Lohmann stellt in Aussicht, daß bei Bestätigung von Immunitätsschulen nach Lage des Falles auch auf Ausnehmung derselben aus dem Ortsstatut erkannt werde; allgemein im Voraus durch das Gesetz diese Ausnahme zu bestimmen, gehe nicht an, da man nicht wisse, wie die einzelnen Schulen beschaffen seien und ob nicht die so häufige Abneigung der Handwerker gegen Fortbildungsschulen zur Schaffung ungenügender Immunitätsschulen benutzt werde, um die Oberschule zu vermeiden. Die Sitzung wurde hierauf vertagt.

Die auswärtigen Beziehungen Deutschlands.

Obgleich die Reise des englischen Unterhändlers Sir Percy Anderson nach Berlin noch einmal hinausgeschoben worden ist, hält man — und zwar nicht nur in deutschen Kreisen — an der Erwartung fest, daß eine Versöhnung der beiden Mächte über die Abgrenzung ihrer Interessenphären in Centralafrika etwas früher oder etwas später zu Stande kommen wird. Wenn Fürst Bismarck in seiner Unterredung mit dem Berichterstatter des „Daily Telegraph“ einen ersten Streit zwischen Deutschland und England über Afrika als geradezu unmöglich bezeichnet hat, so hat er damit ohne Zweifel den Nagel auf den Kopf getroffen. Gehr bemerkenswert ist es, daß Fürst Bismarck in dieser Unterredung die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich als ausgezeichnet charakterisiert und hinzugefügt hat, die Haltung der französischen Regierung sei musterhaft, das französische Volk sei aufrechtig friedlich in Anschauungen wie in Hoffnungen. Diese Bemerkungen des früheren Reichskanzlers stimmen völlig mit den Aeußerungen überein, welche General v. Caprivi vorigestern in Beantwortung der Interpellation wegen der Pauschalordnung in Elsaß-Lothringen im Reichstage gethan hat, indem er sagte: „Wir haben in der letzten Zeit manches erfreuliche Zeichen von einer

Besserung der gegenseitigen Beziehungen (Deutschlands und Frankreichs) wahrgenommen und es sollte mir unendlich leid thun, wenn darin ein Rückschritt gemacht würde.“ Sollte die sachlich durchaus ungerechtfertigte Erregung der öffentlichen Meinung in Folge der hezreden Stanzen wirklich weitere Fortschritte machen, so ist es nicht ausgeschlossen, daß auf die Besserung der Beziehungen zu Frankreich auch auf dem Gebiete der internationalen Politik größerer Nachdruck als bisher gelegt werden wird.

Graf Ralnokys Erklärungen in der ungarischen Delegation.

In der gestrigen Berathung des auswärtigen Ausschusses der ungarischen Delegation erklärte Graf Ralnoky, die Anerkennung des Prinzen Ferdinand von Coburg stehe für die Regierung trotz der großen Wichtigkeit der Frage in weiter Rücksicht. Österreich-Ungarn suche auf der Balkanhalbinsel lediglich die möglichste Kräftigung und Förderung der Selbständigkeit der dortigen Staaten. Auch Serbien gegenüber kann der Minister der Anregung auf Ergreifung schärferer Maßregeln gegen Serbien nicht beipflichten. Er hoffe, die vorgebrachten Erklärungen vor der österreichischen Delegation würden in Serbien den entsprechenden Eindruck machen. Bezuglich Bulgariens erklärte der Minister nochmals, die gegenwärtigen Zustände seien sehr zufriedenstellend, ein vorstilles Eingreifen sei mit Rücksicht auf mögliche Folgen zu vermeiden. Der Minister constatierte ferner, Österreich-Ungarn befindet sich mit England, namentlich im Orient, im vollen Einverständnis, und diese freundliche Ueber-einstimmung zwischen den beiden Ländern erstrecke sich so ziemlich auf alle internationalen Fragen. Im weiteren Verlaufe der Sitzung erklärte der Delegirte Julius Horvath, er mache den Minister des Aeußereren Grafen Ralnoky für Verschlimmerung des Verhältnisses zwischen Österreich-Ungarn und Serbien nicht verantwortlich und billige dessen Prinzip der Nichteinmischung. Dem offenkundigen feindlichen Verhalten Serbiens gegenüber empfiehlt der Redner die Anwendung volkswirtschaftlicher und diplomatischer Isolierung. Die Angriffe eines Theiles der deutschen Presse gegenüber dem geplanten Ausfluge der Ungarn nach Berlin veranlassen den Redner zu dem Wunsche, der Minister des Aeußereren möchte der öffentlichen Meinung in Deutschland durch den Vertreter Österreich-Ungarns in Berlin eine bessere Orientierung verschaffen.

Die Antwort des Ministers wird uns in folgendem Telegramm mitgetheilt:

Pest, 12. Juni. (W. L.) In seinem gestrigen Exposé negirte Ralnoky die Ansicht des Delegirten Czernatow von einem unvermeidlichen großen Kriege. Er betonte die stete freundliche Ueber-einstimmung mit dem italienischen Verbündeten, das dem gegenseitigen Vertrauen und den beiderseitigen Friedenszielen sehr förderlich sei, und versicherte bezüglich antiungarischer Aufzehrungen Berliner Blätter, die deutsche Regierung habe diese Expectorationen mißbilligt. Das Schützenfest oder ein sonstiger Besuch von Ungarn in Berlin werde alle Zweifel an den Sympathien der Deutschen für Ungarn beseitigen.

Auch die serbische Regierung hat bereits auf die Aeußerungen des Grafen Ralnoky, wie folgendes Telegramm berichtet, geantwortet:

Belgrad, 12. Juni. (W. L.) Der „Agence Belgrade“ zufolge spricht die dem serbischen Gesandten für den Grafen Ralnoky zugegangene Note das tiefe Bedauern der Regierung über Ralnokys Aeußerungen in den Delegationen aus. Die Regierung verbammte streng die Haltung eines Theiles der serbischen Presse, mit welcher keineswegs feindliche Absichten der Regierung erwiesenlich seien. Trotz allem blieb die Regierung der lokalen Freundschaft zu der Nachbarmonarchie getreu und könne nicht die mindeste Beeinträchtigung der freundlichen Reciprocität anerkennen.

Die Frage der Militärdienstzeit im italienischen Parlamente.

Wie man der „P. C.“ aus Rom meldet, macht sich in der italienischen Kammer eine Bewegung für die Herabsetzung der Militärdienstzeit auf zwei Jahre geltend und wird diese Forderung hauptsächlich mit Ersparungs-Rücksichten begründet. Der Kriegsminister nimmt gegen die Verkürzung der Dienstzeit entschieden Stellung.

Reichstag.

14. Sitzung vom 11. Juni.

Zur ersten Berathung steht der Antrag Auer und Gen. auf Annahme eines Gelehrtenwurfs zur Ergänzung des Unfallversicherungsgesetzes.

In drei Artikeln wird vorgebracht: 1. daß auch im Falle der Beendigung des Heilsverfahrens vor Ablauf der dreizehnten Woche nach Eintritt des Unfalls von dieser Zeit an für die Dauer der Erwerbsunfähigkeit eine Rente gewährt werden soll; 2. daß im Falle der Tötung eines Versicherten, der sich bereits im Genuse einer Unfallrente befand, die Rente der Hinterbliebenen nicht nur nach dem Arbeitsdienst, sondern nach der Summe des lehren Arbeitsdienstes und der bezeugten Rente berechnet werden soll; 3. daß den Betriebsunternehmern und ihren Angestellten unterstellt werden soll, durch Ueberkündigung mittels Arbeitsordnung die Anwendung der Bestimmungen dieses Gesetzes zum Nachteil der Versicherten ganz oder theilweise auszuschließen oder sie in der Uebernahme und Ausübung eines ihnen in Ge-

mäßheit dieses Gesetzes übertragenen Ehrenamtes zu beschränken; daß die Übertretung dieser Vorschrift mindestens mit Geldstrafe bis zu 300 Mk. oder mit Haft bestraft werden soll. Die gleiche Strafe soll diejenigen Betriebsunternehmer und Angestellten treffen, welche die von ihnen zu leistenden Beiträge für die Unfallversicherung von den Löhnern ganz oder theilweise in Abrechnung bringen.

Abg. Grillenberger (Soc.) weist zur Begründung des Antrages auf verschiedene ihm vorliegende Fälle hin, wo ein Verunglückter und erwerbsunfähig geworden in Folge rascher Heilung während längerer Zeit ganz ohne Unterstützung gelebt habe. Manchmal traten ja in solchen Fällen die Unternehmer ein, aber nicht immer. Was die zweite Forderung anlangt, so forderte es die Gerechtigkeit, daß in so traurigen Fällen, wo ein Verunglückter, der in beschränktem Maße erwerbsfähig sei, bei einem zweiten Unfall umkomme, den Hinterbliebenen die Rente nicht bloß nach dem minimalen Arbeitsverdienst bemessen werde, welchen der Gestorbene zuletzt begeben habe, sondern nach dem Arbeits- und Renten-Einkommen, welches derselbe gehabt habe. Endlich legt Redner noch die Nothwendigkeit der im Antrage geforderten Strafbestimmungen dar. Solle das Gesetz den Arbeitern nützen, so müsse man auch die Möglichkeit ausschließen, daß Verabredungen der Unternehmer der in Frage stehenden Art stattfinden.

Staatssekretär v. Bötticher gibt zu, daß es manche Punkte gebe, in welchen das Unfallgesetz verbessertshfähig sei. Wenn wir mit Verbesserungen noch nicht hervorgetreten sind, so liegt das daran, daß die Unfallversicherung noch nicht auf alle der Unfallversicherung bedürftigen Kreise ausgedehnt ist. Wir werden Ihnen voraussichtlich schon in der nächsten Session mit einer solchen Vorlage kommen. Diese kurze Session mit solchen Anträgen wie den vorliegenden, an welche sich zweifellos noch andere Wünsche knüpfen werden, zu beläten, rathe ich ab. Die Arbeiten würden schwerlich beendigt werden. Lassen Sie uns erst die Vorlage zur Novelle beendigen. Die Fälle, auf welche sich der erste Antrag bezieht, sind bei einer correcten Handhabung des Krankenkassen Gesetzes nicht sehr zahlreich, weil bei einer nur theilweisen Erwerbsunfähigkeit die Krankenkassen ihre Fürsorge bis zur Zahlung der Unfallrente eintreten lassen sollen. Dieser Punkt würde in der zweiten Frage im Sinne des Antrages hat ganz besondere Schwierigkeiten, denn in manchen Berufs-gesellschaften ist für die erhöhte Rente keine Deckung vorhanden. Ich empfehle auch hier: Warten Sie ruhig ab, bis wir mit der Novelle kommen, gehen Sie nicht stückweise vor, wir werden uns dann über alle Punkte, die wirklich im Interesse der Arbeiter liegen, schon einigen.

Abg. Hempel (cons.) ist der Meinung, daß die Verbesserungsanträge zum Unfallgesetz noch verfrüht seien. Abg. Rösler (lib.) erkennt an, daß der erste Antrag eine Lücke im Versicherungswesen auszufüllen geeignet sei. Die Krankenkassen folgten durchaus nicht der vom Minister gegebenen Interpellation. Eine Lücke liegt in der That vor, und mögen die Fälle häufig sein oder nicht, die Thatache ihres Vor kommens allein erfordert eine entsprechende Correctur. Auch dem zweiten Antrage stehe ich sympathisch gegenüber, wenn auch hier die Fälle, auf welche der Antrag zi trifft, nicht häufig sind. Redner beantragt Überweisung des Antrages an eine Commission von 14 Mitgliedern.

Abg. Goldschmidt (freis.) ist der Meinung, daß die Verbesserungsanträge zum Unfallgesetz noch verfrüht seien. Abg. Rösler (lib.) erkennt an, daß der erste Antrag eine Lücke im Versicherungswesen auszufüllen geeignet sei. Die Krankenkassen folgten durchaus nicht der vom Minister gegebenen Interpellation. Eine Lücke liegt in der That vor, und mögen die Fälle häufig sein oder nicht, die Thatache ihres Vor kommens allein erfordert eine entsprechende Correctur. Auch dem zweiten Antrage stehe ich sympathisch gegenüber, wenn auch hier die Fälle, auf welche der Antrag zi trifft, nicht häufig sind. Redner beantragt Überweisung des Antrages an eine Commission von 14 Mitgliedern.

Abg. Stumm (Reichsp.) befürchtet, daß durch diesen Antrag viel dringendere Wünsche zurückgebracht werden können. Ob ein Arbeiter die Rente ein paar Tage früher oder später erhalten, sei nicht so schlimm, als daß Millionen von Arbeitern überhaupt noch keine Rente bekommen.

Abg. Goldschmidt (freis.) bedauert, für die Commissionsberathung mit Rücksicht auf die Geschäftslage nicht stimmen zu können, er werde jedoch in zweiter Lesung eine Resolution beantragen, welche die im Artikel 1 enthaltenen Gedanken zum Ausdruck bringe.

Damit schließt die Discussion. Das Schlußwort erhält Abg. Singer (soc.). Es sei sehr erfreulich, daß die meisten Redner, auch der Staatssekretär, sich dem Antrage günstig gegenübergestellt haben. Redner spricht die Erwartung aus, daß die von dem Staatssekretär v. Bötticher angekündigte Novelle zum Unfallversicherungsgesetz in der nächsten Session vorgelegt werden wird; er ziehe deshalb heute seinen Antrag zurück.

Es folgt die Berathung des Antrages Brömel, die verbündeten Regierungen zu eruchen, in der nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher die schlichte Entscheidung der in Böllschen auftauchenden Rechtsfragen dem Rechtswege oder dem verwaltungsgerichtlichen Verfahren überweist.

Abg. Brömel (frei.) weist zur Begründung darauf hin, daß die jetzige Entscheidung von Rechtsfragen in Böllschen durch den Bundesrat mit einer Reihe von Uebelständen verknüpft sei und nicht lediglich aus Rechtsgründen gehabt werde. Die Nothwendigkeit, die Machtbefugnisse des Bundesrats in Böllschen, die eine industrielle Leben schädigende centralistische Tendenz verfolgten, einzuschränken, habe der Reichstag durch Annahme seines (des Redners) Antrages auf Veröffentlichung des amtlichen Maaren-verzeichnisses anerkannt. Für Böllschen muß daselbe Rechtsverfahren eingeführt werden wie für andere Gebiete, z. B. für Steuern und Abgaben. Rechtsfragen dürfen nur im Rechtswege entschieden werden, sei es nun vor den ordentlichen Gerichten oder im Verwaltungsgerichtsverfahren. Beim letzten Vorgehen entsteht allerdings die Schwierigkeit, daß für die obersten Verwaltungsgerichtshöfe eine einheitliche Spitze geschaffen werden muss; es kann aber dazu das Reichsgericht berufen werden. Jedenfalls darf die Behörde, welche administrative Vorschriften macht, nicht die entscheidende Instanz für die Ausführung dieser Vorschriften bilden. Wenn ich den Antrag heute wieder einbr

zustimmen, wenn wir die Hoffnung hätten, daß dadurch die Nachtheile, welche einzelne Geschäftszweige erlitten haben, vermieden würden. Aber das wird nicht der Fall sein, deshalb sind wir bedenklich, den Antrag anzunehmen, welcher eine Verfassungsänderung zur Folge haben würde und welcher in verschiedenen Einzelstaaten die Errichtung von Verwaltungsgesetzten erfordern würde, die wir noch nicht überall haben.

Abg. Witte (frei) weist auf die früheren Verhandlungen des Hauses über diesen Gegenstand hin, wo allseitig die geordnete Rechtsprechung für Zollstreitigkeiten gefordert wurde. Die damaligen Motive treffen auch heute noch zu, weshalb ich die Annahme des Antrages empfehle.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Donnerstag.

Abgeordnetenhaus.

72. Sitzung vom 11. Juni.

Dritte Berathung der Vorlage über die Rentengüter. Abg. v. Kardorff (freicons.) will heute seine motivirte Tagesordnung begründen, die er zur zweiten Lesung eingebraucht habe. Die Vorlage lasse sich nicht vergleichen mit dem, was in Posen geschrieben sei. Die reichen Grundbesitzer werden die Rentengüter nicht benutzen, sie können sich anders helfen. Die verhüllten Grundbesitzer können die Rentengüter auch nicht bilden und die Güter mit mittleren Verschuldungen werden sich auch davor hüten, weil die kommunalen Verhältnisse unklare bleiben. Es bleibt also lediglich der Fiscus, welcher diese Vorlage anwenden will zur Ansiedelung der Hochmoore. Die Getreidebölle haben sich nicht als das Mittel bewährt, welches die Landwirtschaft vor dem Ruin bewahren kann. Da wird man andere Mittel ergreifen müssen, als ein solches Gesetz zu machen, für welches man nur die Entschuldigung hat, daß es niemand anwenden wird. Die Hauptfrage bleibt aber die Währungsfrage, die Wiederherstellung des Silbers als Münzmetall (Große Heiterkeit), denn nur dadurch wird die Preisbildung gesetzmäßig gemacht. Es ist sehr zu bedauern, daß das Ministerium der Landwirtschaft sich dieser Frage so sehr verschließt.

Abg. v. Rauchhaupt (cons.): Meine Freunde werden an den Beschlüssen der zweiten Lesung festhalten.

Minister Lucius bestreitet die Richtigkeit der Behaftung v. Kardorffs, daß der von der Regierung vorgelegte Gesetzentwurf nicht der Tendenz des betr. früheren Beschlusses des Abgeordnetenhauses entspreche. Jene frühere Resolution habe die Ausdehnung gewisser Paragraphen des Ansiedelungsgesetzes auf die anderen Provinzen verlangt, und genau diesem Wortlaut entspreche die Vorlage. Weiter bestreitet der Minister auch, daß von dem Gesetz so wenig wie Gebrauch gemacht werden, wie v. Kardorff behauptet. Der Gründung von Staatsrentenbanken bedürfe es nicht. Nötigenfalls werde der Staat auch anderweit Mittel finden. Die Ausführungen des Vorredners über die Währung hätten ihm fast den Eindruck gemacht, als ob alles andere nur Vorende dazu gewesen sei. v. Kardorff habe ihm persönlich Vorwürfe gemacht, wisse aber doch garnicht, wie überhaupt darüber denke. Wissen müsse deshalb dagegen doch, daß die Währung nicht zu seinem Ressort gehören, sondern Reichssache sei. Schließlich bitte er das Haus, das Gesetz in der Fassung der zweiten Lesung anzunehmen.

Abg. Humann (Centr.) empfiehlt, da die Commissionsanträge abgelehnt sind, den Vermittlungsantrag Ennecerus. Falls diese Änderung nicht angenommen wird, müsse er gegen das Gesetz stimmen.

Abg. v. Hammerstein (cons.) hält das Gesetz nicht für geeignet, die Hebung des Bauernstandes zu fördern, und wolle man in den östlichen Provinzen colonisieren, so könnte dies nur in der Weise geschehen, daß die Regierung große Bauerngemeinden anlege. Der Landwirtschaft im Osten könne nur geholfen werden durch eine dauernde Steigerung der Grundrente oder dadurch, daß man die Hypothekenverschuldung nach Möglichkeit beseitige.

Abg. Ennecerus (nat.-lib.) beantragt die Wiederherstellung der in zweiter Lesung besetzten Commissionsfassung, wonach nur bei $\frac{1}{10}$ der Kente die Ablösbarkeit von der Zustimmung beider Theile abhängig sein soll.

Abg. v. Geyern (nat.-lib.) erklärt, daß ein großer Theil seiner politischen Freunde gegen den Antrag Ennecerus stimmen werde, um das Gesetz noch in dieser Session zu Stande zu bringen.

Abg. Ritter: Das Gesetz, welches noch unreif ist, bedürfte einer gründlichen Erörterung. Ich soll es noch gar ein Schußwall sein gegen die Sozialdemokratie. Kein Stand und keine Bevölkerung wird gegen die Sozialdemokratie durch äuerliche Mittel und derartige gesetzgeberische Experimente geschützt. Dass man das Gesetz, dem man hier und im Herrenhause so kühl gegenübersteht, jetzt doch in letzter Stunde noch machen will, ist überraschend. Das Haus, besonders der Abg. Sombart, hat diese lex Sombart angeregt, es trägt die Verantwortung. Der Vater desselben, Sombart, erweist sich aber gegen sein eigenes Kind als ein Rabenvater, er läßt es im Stich. Dass hr. v. Kardorff einen so heftigen Angriff wegen der Goldwährung bei diesem Gesetz mache, ist ganz unverständlich. Ebenso wenig weiß ich was hr. v. Kardorffs Ausführung bezüglich der Wehrhaftigkeit der deutschen Nation mit diesem Gesetz zu thun hat. Kommen denn die guten Soldaten nur vom Lande und nicht auch aus den Städten? Kennen Sie nicht das Wort, daß die „Berliner Jungens“ in den Kriegen von 1866 und 1870 die vortrefflichsten Soldaten gewesen sind? hr. v. Hammersteins Projekte, die Grundbesitzer in den Grundrente zu erhöhen oder von ihren Hypothekenschulden zu befreien, bringen ihn in den Verdacht, daß er, obwohl er einen Wall gegen die Sozialdemokratie aufwerfen will, dennoch sozialistische Wege wandelt. Mit wessen Gelde er das machen will, hat er nicht gesagt. Das ist aber doch die Hauptfrage. Man muß nicht Hoffnungen erwecken, wenn man nicht im Stande ist, diese Gedanken auch in gesetzgeberischer Form vorzutragen. (Sehr richtig! links.) Wenn Sie mit dieser Politik höhere Preise für die Landwirtschaft durch Gesetz zu erzwingen“ fortfahren, so werden Sie die Reihen der Sozialdemokratie immer mehr verstärken. Die Landwirtschaft ist gebrochen, aber klage man doch nicht zu oft und zu viel, wenn man kein ausführbares Heilmittel angeben weiß. Mache man doch endlich einmal eine genaue Enquête über die Verhältnisse, insbesondere über die Steuern des Grundbesitzes in Preußen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Dieses allgemeine Jammer und Klagen kann nur dazu beitragen, die Landwirthe mutlos zu machen. hr. v. Kardorff stimmt mir zu. Man ruft mir zu, der Finanzminister habe es abgelehnt, eine solche Enquête zu machen, der Kosten wegen. Das würde ich bedauern. Wenn das Haus einen derartigen Beschluss faßt, so wird sich die Staatsregierung wohl erweichen lassen. Gagen Sie nur genau, welche Heilmittel haben Sie? Ist der Grundbesitz wirklich unheilbar krank, so kann ihm kein Doctor helfen. 1879 sagten Sie: die Getreidebölle werden helfen. Jetzt haben Sie dieselben — wie kein anderes Land in der Welt — und klagen doch. (Widerspruch rechts.) Dieses Gesetz wird gewiß nicht helfen. Selbstverständlich werden wir für den Antrag Ennecerus eventuell stimmen; er ist immer noch besser als die Vorlage. Ich kann nur ratzen, daß man an dem bewährten, von dem berühmten Quarz dem damaligen preußischen Kronprinzen dringend empfohlenen Grundfaß festhält, daß man nur mit Gesetzen experimentieren soll, wenn man das Erfolgs sicher sei. Wir haben, wenn Sie das Gesetz annehmen, nur einen einzigen Trost bei diesem Gesetz, den auch der hochconservative Graf Brühl im Herrenhause gehabt hat: es wird wenig Dumme geben, die auf diese Maßregel hineinfallen und die in das unsfreie Verhältnis hereintreten werden. (Bravo! links.)

Nachdem noch die freiconservativen Abg. Gerlich und Krentz für die Vorlage gesprochen, lehnt er unter besonderer Ausführung einiger Gedanken über die Doppelwährung, wird die Generaldebatte geschlossen.

In der Specialdebatte wird der Antrag Ennecerus abgelehnt und die einzelnen Paragraphen gegen die Stimmen der Freisinnigen, einiger Nationalliberalen, Conservativen und Centrumsmitglieder und des Abg. v. Kardorff angenommen. Schließlich gelangt das Gesetz im ganzen mit derselben Mehrheit zur Annahme.

Nächste Sitzung: Donnerstag.

Deutschland.

Berlin, 11. Juni. Der Kaiser und der Kronprinz von Sachsen passierten heute Abend gegen 7 Uhr mit der Yacht „Alexandra“ auf der Fahrt von Charlottenburg nach Potsdam Spandau. Die Garnison war im Paradeanzug am Ufer aufgestellt, wo sich eine dichtgedrängte Menschenmenge eingefunden hatte, welche bei der Vorüberfahrt der Yacht entzückende Ovationen darbrachte, während von der Fesung Salutschüsse abgegeben wurden. Um $7\frac{1}{2}$ Uhr traf der Kaiser mit dem Kronprinzen auf der Matrosenstation ein. Der Kaiser fuhr mit dem Prinzen Heinrich nach dem Neuen Palais, während sich Kronprinz Victor Emanuel nach dem Stadtschloß begab. Um 8 Uhr fand im Neuen Palais Familien-Diner statt, an welchem auch der Kronprinz Theil nahm. (W. L.)

* [Die Kaiserin Friedrich] hat dem Kaufmännischen und gewerblichen Hilfsverein für weibliche Angestellte aus der Kaiserin Friedrich-Stiftung für die Zwecke des Vereins 400 Mk. als außerordentliche Unterstützung überwiesen lassen.

* [Zur Entlassung des Oberhofmarschalls v. Liebenau] schreibt die „Kön. Volkszeit.“: Hinsichtlich des nächsten Anlasses glauben wir gut unterrichtet zu sein, wenn wir denselben in einem Vorgange bei der Kaiserreise nach Königsberg suchen. Bekanntlich hatte dort auch eine Arbeiter-Deputation beim Kaiser sich angemeldet, wurde aber vom Oberhofmarschall nicht vorgelassen. Dies vernahm der Kaiser erst, als er mit dem Oberpräsidenten zum Bahnhof fuhr. Sofort wurde hr. v. Liebenau zur Rede gestellt, und als er bemerkte, daß das Programm bereits überlastet gewesen sei, wurde ihm bedeutet, die Entscheidung darüber hätte er dem Kaiser überlassen und jedenfalls von dem Gesuch der Arbeiter-Deputation Kenntnis geben sollen. Als Herr v. Liebenau die ihm nahe gelegte Bemerkung machte, dann bleibe ihm wohl nichts übrig, als seine Entlassung einzureichen, erhielt er die Antwort, die Entlassung sei bewilligt. (W. L.)

* [Bismarck und der Reporter des „Daily Telegraph“.] Der „Daily Telegr.“ bringt in seiner neuesten Nummer den Schluss des Berichts, welchen sein Interviewer gegeben hat. Den Telegrammen des „B. L.“ und der „Doss. Itg.“ entnehmen wir darüber Folgendes:

„Mein Amtsrat kam so plötzlich, daß er selbst meine lieben „Freunde“ in Deutschland überraschte, die sich darüber freuten, daß ich alle meine Amtserniedrigungen, und die mich jetzt zu einem lebendig Todten machen wollen. Ich bin aber nicht so leicht stumm und bewegungslos gemacht. In meiner Zurückgegenheit fahre ich fort, meinem Vaterlande zu dienen, und das werde ich thun bis an mein Ende. Meine Hände sind dabei weniger gebunden, als sie es früher waren. So kann ich vielfach in unseren Beziehungen mit Frankreich und Russland die Propaganda des Friedens fördern. Die Beziehungen mit beiden Staaten sind jetzt ausgezeichnet und die Gefahr einer Störung des Friedens scheint in weite Ferne gerückt.“ Die Haltung der französischen Regierung sei musterhaft, das französische Volk sei aufrichtig friedlich in Anschauungen wie Hoffnungen. Deutschland würde nichts als die Erhaltung der hart errungenen Einigkeit. Die russisch-deutschen amitiellen Beziehungen seien höchst freundlicher Art und der Dreiebund stark genug, um eine ernste Störung der europäischen Ruhe wegen Bulgarien zu verhindern. Der Dreiebund sei stärker als je, begründet auf der breiten Grundlage gegenseitiger Vertrauens und gemeinsamer Interessen. Ein starkes Österreich sei nicht nur wesentlich für die Erhaltung des europäischen Gleichgewichts, sondern besonders notwendig für Deutschland. Gäbe es kein solches Reich, so müßte es in unserem Interesse geschaffen werden. Die Freundschaft, welche Deutschland mit Italien verbündet, sei völlig natürlich, die Freundschaft zwischen Österreich und Italien gleich notwendig für beide. Was England und Deutschland betrifft, so sei Krieg oder einster Streit zwischen beiden geradezu unmöglich. Differenzen mögen natürlich entstehen wie in der Frage der afghanischen Colonien, welche noch billiger Lösung harrt. Über diese kleinliche Angelegenheit sei viel Unsumme gesprochen und geschrieben worden. Lord Salisburys manvolle staatsmännische Auslassungen behagten dem englischen Geschmack sicher mehr als Stanleys heile Ernährungen und bitterer Tadel. Zuletzt sprach Bismarck von Kaiser Friedrich: „Er war ein höchst merkwürdiger und achtenswerther Mann, äußerst liebenswürdig, ausgeglichen freundlich und dabei doch intelligent, von klarer Blick, wohl unterrichtet und resolut, er wußte genau, was er wollte, und sein Entschluß, wenn einmal gefasst, war unabänderlich. Hätte er gelebt, er würde als Kaiser die Welt durch die Kraft seines Regierens überragt haben. Er war ein echter Hohenzoller, mit den besten Eigenschaften und glänzendsten Vorzügen; sein Bluth war heroisch, er war jeder Zoll ein Kaiser bis an sein Ende. Wir verstanden einander vollständig, und ich war sein treuergebener Diener, wie ich der seines Vaters gewesen. Seit ihrem entstehlichen Verluste war und ist die Haltung der Kaiserin-Mutter Victoria gegenüber Deutschland absolut unantastbar.“

* [Die Commission zur Berathung der Grundlagen einer deutschen Strafprozeßordnung] hat nicht Sonnabend, wie neulich gemeldet worden ist, sondern erst gestern ihre Berathungen abgeschlossen. Die Wiederaufnahme der Verhandlungen ist für diesen Herbst in Aussicht genommen.

* [Der Abg. Albert Träger] feiert morgen seinen 60. Geburtstag. Er ist am 12. Juni 1830 in Augsburg geboren.

* [Major Wissmann] hat nach einer Kölner Nachricht der „Streuztg.“ in einem aus Kairo datirten Telegramm zugesagt, am 1. Juli nach Köln zu kommen, weshalb Fürst zu Hohenlohe-Langenburg die ursprünglich auf Mitte Juni angesetzte Hauptversammlung der deutschen Colonial-Gesellschaft auf den 30. Juni und 1. Juli umberaumt hat.

* [Emin Pascha.] Nach einer Mittheilung des „Ophore Egypten“ sind die Ansprüche, welche Emin Pascha bei der Regierung in Kairo für Gehalt und Pension erhoben hatte, vom ägyptischen Finanzministerium geregelt worden. Es wurde für ihn die Summe von 4343 ägypt. Pf. (à 20,75 Mk.) ausgezahlt zum Ausgleiche des seit sieben Jahren rückständig gebliebenen Gehalts und 1000 Pfund als Absindungssumme für die ihm zustehende Pension.

* Das Befinden des Afrikaforschers Hauptmanns Gund hat sich, wie der „Kreuz-Itg.“ aus Wiesbaden berichtet, in letzter Zeit bedeutend gebessert. Derselbe befindet sich seit etwa vier Wochen in der Nähe bei Wiesbaden gelegenen Heilanstalt Dietenmühle unter der Behandlung der bewährten Aerzte Dr. Müller und Dr. Rich. Friedländer. Die Sprache des Hauptmanns Gund hat unerwartet günstige Fortschritte gemacht, und nach

Ansicht der Aerzte ist völlige Genesung bei weiterer sorgfamer Pflege nicht ausgeschlossen.

Potsdam, 11. Juni. Die Wiederwahl des hiesigen Oberbürgermeisters Boie auf fernere 12 Jahre ist allerhöchsten Orts bestätigt worden.

Schwarzenbeck, 11. Juni. Fürst Bismarck wohnte heute Nachmittag der Preisvertheilung auf der zahlreichen Publikum freudig begrüßt.

München, 11. Juni. Freiherr v. Lux hatte eine etwas ruhigere Nacht, doch dauernd die beunruhigenden Erscheinungen von großer Schwäche fort.

Österreich-Ungarn.

Wien, 11. Juni. Großfürst Peter Nikolaiwitsch und dessen Gemahlin, welche gestern aus Cettigne hier eingetroffen waren, sind heute zum Besuch der Fürstin von Montenegro nach Franzensbad weitergereist und werden alsdann die Weiterreise nach Petersburg fortsetzen. (W. L.)

Peß, 11. Juni. Die heutige Berathung des auswärtigen Ausschusses der ungarischen Delegation wurde von dem Delegirten Falk mit der Erklärung eingeleitet, daß die ungarische Delegation der habsburgenden Kundgebung des Ministers des auswärtigen Falnoky für die erhabene Persönlichkeit des deutschen Kaisers freudigst zustimme. Falk gedachte darauf mit warmen Worten der Stellung Italiens im Dreiebund und fragte an, ob nicht das Verhältnis Englands zur Tripleallianz ein anderes sei als das der übrigen Mächte, und schloß mit dem Ausdruck des Vertrauens zu der Politik Falnokys. Der Minister des auswärtigen Graf Falnoky erklärte, sein Exposé könne nur das gleiche sein wie in dem österreichischen Ausschuss. Der veröffentlichte Text über das letztere sei authentisch. Auf einzelne Fragen zu äußern werde er Gelegenheit nehmen. (W. L.)

— Im Marineausschuß der ungarischen Delegation erwiderete der Admiral Sternbeck auf eine Anfrage, das Geschwader, welches in deutsche Gewässer entsendet werden sollte, werde aus den Schiffen „Aronprinz Rudolf“, „Aronprinzessin Stefanie“, „Franz Josef“ und „Tiger“ bestehen. Es handele sich hierbei um eine Sache der Courtoisie, da in letzter Zeit zweimal deutsche Kriegsschiffe in österreichischen Häfen erschienen seien; durch Erwidern des Besuchs werde auch einer deutschets ergangene Einladung entsprochen. Auf eine weitere Anfrage erklärte Sternbeck, das rauchlose Pulver werde in der Marine bei Repetiergewehren zur Anwendung kommen; zur Ladung größerer Geschüze habe es sich vorläufig als nicht geeignet erwiesen. (W. L.)

* [Vorsichtsmahrgel.] Zur Verhütung der weiteren Verbreitung der Maul- und Klauenseuche hat der Regierungs-Präsident in Danzig angeordnet, daß im Stadt- und Landkreis Elbing, sowie im Kreise Marienburg bis auf weiteres Kindvieh und Schweine nur dann auf die Viehmärkte getrieben werden dürfen, wenn der Begleiter des Viehs eine Bescheinigung aufweisen kann, daß die Thiere aus seuchenfreien Orten herkommen. Eine gleiche Bescheinigung muss auch beim Verladen und bei der Beförderung auf der Eisenbahn vorgezeigt werden.

* [Polizeibericht vom 12. Juni.] Verhaftet: Ein

Arbeiter wegen Widerstandes, 1 Mädchen wegen groben Unfugs, 1 Obdachloser, 2 Dirnen. — Gefunden: Im Garten von Selson ein silbernes Armband, eine Geldbörse mit Inhalt; abzuholen von der königl.

Polizei-Direction.

k. Zoppot, 12. Juni. Ein umheimliches Schauspiel bot sich gestern Abend an unserem Strand dar. Die Torpedobootsflottille hatte nach Beendigung ihrer anstrengenden Tagesübung vor unserem Geestfege Aufstellung genommen, worauf die Offiziere sich zu einer kurzen geselligen Vereinigung an Land begaben. Plötzlich versinkte sich der seit einigen Stunden klare sonnige Himmel und in ganz kurzer Zeit walzte der Nebel in so dichten Massen über Meer und Land, daß selbst mit scharfen Gläsern kaum einige Schritte weit Gegenstände auf dem Meere zu erkennen waren. Nur die fast unaufförlich tönen Schiffsglocken und die bis zum Anbruch der Nacht ihre heulartigen eindringlichen Signale gebenden Sirenen verrietten die Existenz der unsichtbaren Armada. Natürlich machte es in dieser Finsternis den mit ihren Booten an Bord zurückkehrenden Offizieren einige Schwierigkeit, ihre Fahrzeuge wieder aufzufinden. Viele hunderte waren gestern Abend auf und neben dem Geestfege versammelt, um nach der Panzerflotte, deren Ankunft man gestern Abend erwartete, auszuschauen. Selbstverständlich war alles Bemühen fruchtlos, denn bis heute Vormittag war der Nebel noch immer so dick, daß man sie auch dann, wenn sie direkt vor Zoppot gelegen hätte, nicht zu sehen vermochte. Hebrigens war auch bis heute Mittag weder hier noch in Neufahrwasser irgend etwas über Ankunft der Flotte gemeldet, und es scheint, daß der starke Nebel ihr Hierherkommen verzögert hat. — Seitens der Postverwaltung ist eine neue willkommene Einrichtung getroffen worden, welche bereits in Kraft getreten ist. Während nämlich bisher der letzte Postzug bereits um 7.45 Uhr Abends Zoppot verließ, der nächste erst wieder am folgenden Tage um 9.15 Vormittags, Briefsendungen von hier über Danzig hinaus erst mit dem Mittags von Danzig abgehenden Zuge erfolgen konnten, wodurch manche unliebsame Verzögerungen herbeigeführt wurden, ist nunmehr bestimmt worden, daß auch der Abends 8.30 von hier nach Danzig abgehende Zug Postsendungen mitnimmt, so daß weitergehende Briefe noch an demselben Abend nach Dirschau etc. befördert werden, die in Danzig verbleibenden aber schon am nächsten Morgen mit der ersten Briefausgabe in die Hände der Adressaten gelangen können. Die Briefkästen werden um 8 Uhr Abends geleert.

Graudenz, 11. Juni. Ein Strafgefangener Namens Johann Wittkowski sollte gestern von hier nach dem Gerichtsgefängnis in Thorn gebracht werden. In der Nähe von Mocker sprang er plötzlich auf, schwang sich, ehe der Transporteur es hindern konnte, trotz der Ketten, mit denen er gefesselt war, durch das Fenster des Waggons und stürzte sich hinab. Er blieb zwar eine kurze Zeit liegen, erhob sich dann aber und verschwand in dem nahen Eisenmischer Walb. Eine von Gendarmen und Soldaten später ins Werk gesetzte Verfolgung war ohne Erfolg.

* Konitz, 11. Juni. Vor einiger Zeit berichtete unser Correspondent über einen größeren Heiratschwund, den der frühere Hauslehrer Johannes Müller aus Dr. Friedland in Scene gesetzt hatte, indem er seiner Braut und deren Eltern seine Anstellung als gut besoldeter Lehrer in der Rheinprovinz vorstellte und diese Vorspiegelung durch gefälschte Atteste und behördliche Schreiben zu bekräftigen suchte. Durch eine von dem Schwiegervater in spe der königl. Regierung zu Marienwerder gerichtete Mahnung kam die Fälschung bald rechtzeitig, d. h. vor der Hochzeit an den Tag und Müller wanderte statt in Hymens Reich, ins Gefängniß. Er wurde gestern vom hiesigen Schwurgericht wegen Betrugses und Gebrauchs gefälschter Urkunden zu 4 Jahren Gefängniß und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf gleiche Dauer verurtheilt.

D. Strasburg, 11. Juni. Einem Gaunerstücke eit

ruffischem Art ist der Besitzer B. aus dem Nachbar-

dorf Michau zum Opfer gefallen. In vergangener Woche erschien bei einer hiesigen Fuhrhalterei mehrere Russen mit der angeblichen Absicht, zwei Omnibus kaufen zu wollen. Da ihnen der gefesselte Kaufpreis zu hoch erschien, so mietheten sie schließlich mit dem Borgen, einige ausgewiesene Familien aus Russland über die Grenze schaffen zu wollen, beide Omnibus unter Hinterlegung einer entsprechenden Caution. Der Besitzer B. stellte hierzu vier Pferde und führte selbst über die Grenze bis zu dem Dorfe Ostek. Hier spannten die Russen andere Pferde vor, um die angeblich entfernt wohnenden Familien abzuholen, bedeuteten aber B. mit seinen Pferden auf ihre Rückfahrt zur Fortsetzung der Reise zu warten. Wer nur vergeblich wartete, war B. Dieser mußte schließlich allein ohne Wagen den Rückweg antreten. Doch an der Grenze angekommen, wurde er angehalten mit der Frage, wo er

Görlitz, 10. Juni. Die Vollsiedlung des hiesigen Radettenshauses geht jetzt mit Riesenstritten vorwärts. Ein gewaliger Complex, von vier Straßen umsäumt, ist mit einer Unzahl von Gebäuden bedeckt. Die Anstalt soll im Oktober bezogen werden. — Vom 12. bis 14. September wird hier eine von dem Gartenbau-Verein für Sinterpommern veranstaltete große Gartenbau-Ausstellung, verbunden mit Bienen-, Gesüngel- und Fischzuchtausstellung, stattfinden.

Königsberg, 11. Juni. Heute wurden hier die ersten diesjährigen Kartoffeln an den Markt gebracht, welche am „Nassen Garten“, dem Haupt-Gemüsegarten Königsbergs, geerntet waren. — Das hiesige Stadttheater wird unter der Direction Jantsch am 14. September eröffnet werden.

Vermischte Nachrichten.

Berlin, 11. Juni. [Selbstmord.] Eine junge und schöne Dame im ungefährlichen Alter von 18 Jahren machte gestern Nachmittag in Charlottenburg in der Nähe des Schlosses Ruhwald ihrem Leben durch einen Revolverschuß ein Ende. Ein schleunigst herbeigeführer Gendarm sorgte für die Überführung der Leiche nach dem Charlottenburger Obduktionshause. Über die Herkunft der jugendlichen Selbstmörderin konnte Bestimmtes nicht festgestellt werden.

* Im Postwagen des Montag Nacht nach Leipzig von Magdeburg abgefahrenen Juges entstand auf der Bahnreise Westerhüsen-Schönebeck Feuer. Dasselbe entstand vermutlich durch die Selbstentzündung eines in Magdeburg ausgegebenen Pakets, welches Benzin enthielt. Es ergriff den Inhalt des Wagens sehr schnell und stand an den mit Zeitungen gefüllten Säcken reiche Nahrung. Die Beamten brachten den Zug mit der Carpenterbremse zum Stehen und mussten dann, da die Thüren durch Pakete versperrt waren, den Weg durchs Fenster nehmen. Das Feuer wurde bald gelöscht. Personenbeschädigungen sind nicht zu beklagen.

Schiffs-Nachrichten.

Reval, 2. Juni. Der bei Hallboden gestrandete englische Dampfer „Marcia“, mit Aholen, ist wieder flott geworden und wird nach Helsingfors geschleppt.

Aiel, 9. Juni. Das in Altmar heimische Schiff „Marie“, mit Mauersteinen von Ueckermünde nach Aiel ist am Sonnabend bei Grünenberg (Schönberg) gesunken. Mannschaft gerettet.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 12. Juni. Crs.v.11.

		Ers.v.11.	
Weizen, gelb	200.00	199,50	72,10
Juni-Juli.	200.00	199,50	72,10
Sept.-Okt.	179,75	180,00	72,10
Roggen			60,90
Juni-Juli.	150,50	150,20	61,20
Sept.-Okt.	148,50	148,20	61,20
Petroleum	200.00	199,50	72,10
Loco	23,30	23,30	72,10
Rübs.	68,20	66,20	72,10
Sept.-Okt.	55,70	54,70	72,10
Spiritus	34,00	34,00	72,10
Aug.-Sept.	34,70	34,60	72,10
4% Reichs-A.	107,30	107,50	72,10
3½% do.	100,70	100,70	72,10
4% Consols	106,50	106,50	72,10
3½% do.	100,80	100,80	72,10
Pfandbr.	98,50	98,50	72,10
do. neue	98,50	98,50	72,10
3% Ital.-G. P.	58,30	58,40	72,10
5% rm.-G.-R.	99,00	98,90	72,10
Ung. 4% Gdr.	89,70	89,90	72,10
Fondsboerse:			besser
Hamburg, 11. Juni. Getreidemarkt. Weizen loco fest, holsteinischer loco neuer 185—192. — Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco neuer 175—180, russ. loco ruhig 100—106. — Hafer ruhig. — Gerste ruhig. — Rübs. (unverhofft) ruhig, loco 100—120. — Spiritus behält, per Juni-Juli 22½ Br., per Juli-August 22½ Br., per Aug.-September 23 Br., per Sept.-Oktbr. 23½ Br. — Kaffee fest. Umsatz 3500 Sach. — Petroleum ruhig. Standard white loco 6.85 Br., per Aug.-Deibr. 7.20 Br. — Wetter: Beränderlich.			

Hamburg, 11. Juni. Getreidemarkt. Weizen loco fest, holsteinischer loco neuer 185—192. — Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco neuer 175—180, russ. loco ruhig 100—106. — Hafer ruhig. — Gerste ruhig. — Rübs. (unverhofft) ruhig, loco 100—120. — Spiritus behält, per Juni-Juli 22½ Br., per Juli-August 22½ Br., per Aug.-September 23 Br., per Sept.-Oktbr. 23½ Br. — Kaffee fest. Umsatz 3500 Sach. — Petroleum ruhig. Standard white loco 6.85 Br., per Aug.-Deibr. 7.20 Br. — Wetter: Beränderlich.

Hamburg, 11. Juni. Kaffee. Good average Santos per Juni 1881/2 Br., per August 1874/2 Br., per December 1871, per März 1891 79½. Behauptet.

Hamburg, 11. Juni. Zuckermarkt. Rübenzucker 1. Product, Barts 88% Rendement, neue Ukraine, f. a. B. Hamburg, per Juni 12,27½, per August 12,44, per October 11,85, per December 11,92½. Stetig.

Havre, 11. Juni. Kaffee. Good average Santos per September 105,50, per December 102,50, per März 1891 99,75. Behauptet.

Bremen, 11. Juni. Petroleum (Schlußbericht.) Fest, ruhig. Standard white loco 6.75 Br.

Frankfurt a. M., 11. Juni. Effecten-Societät. (Schluß.) Credit-Aktion 26½/4. Francof. 18½/4. Lombarden 122½/4.

Galisier 171/2, Aegypter 98,80, 4% ungar. Goldrente 89,90. Gotthardbahn 169,80. Disconto-Commandit 224,40.

Dresdner Bank 156,50. Ottomanbank 121,40. Still.

Wien, 11. Juni. (Schluß-Courte.) Defferr. Papierrente 88,95, do. 5% do. 101,45, do. Goldrente 90,20, 4% Goldrente 109,50, do. urg. Goldrente 103,65, 5% Papierrente 99,80. 1860er Loosse 140,00. Anglo-Aust. 156,50. Länderbank 235,40. Creditbit. 305,65. Unionbank 248,25. ungar. Creditbit. 342,75. Wiener Börseverein 122,30. Böhm. Westbahn 343. Böh. Norbb. 215,00. Busch. Eisenbahn 460. Dux-Bodenbacher — Elberthalbahn 231,50. Norrbahn 2765,00. Francof. 228,25. Galizier 198,00. Lemberg-Tiern. 232,50. Lombarden 140,60. Nordwestbahn 212,50. Barbubilker 175. Alp.-Mont.-Act. 101,25. Tabakactien 125,00. Amsterdamer Mehfel 97,00. Deutsche Blöcke 57,50. Londoner Mehfel 117,00. Pariser Mehfel 46,42½. Napoleons 9,32½. Marknoten 57,50, Russ. Banknoten 1,34½. Silbercoupons 100,00. Bulgarische Anteile 100,00.

Antwerpen, 11. Juni. Petroleummärkte. (Schlußbericht.)

Raffinerie. Type weiß loco 17½ Br., per Br., per

Juni 17½ Br., per Aug. 17½ Br., per Sept.-Dezember 17½ Br. Ruhig.

Amsterdam, 11. Juni. Getreidemarkt. Weizen auf Termine unveränd., per Novbr. 197. Roggen loco geschäftlos, auf Termine fest, per Oktober 118—119 per März 121—121. — Rübs. loco 32½, per Herbst 29½, per Mai 191 30½.

Paris, 11. Juni. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen behält, per Juni 25,60, per Juli 25,00, per Juli-Aug. 24,70 per Sept.-Oktbr. 23,60. — Roggen ruhig, per Juni 16,80, per Sept.-Oktbr. 15,00. — Mehl beh., per Juni 54,50, per Juli 54,60, per Juli-August 54,70, per Sept.-Oktbr. 53,20. — Rübs. steigend, per Juni 69,50, per Juli 68,75, per Juli-August 68,75, per Sept.-Oktbr. 68,00. — Spiritus fest, per Juni 37,00, per Juli 37,25, per Juli-August 37,25, per Sept.-Oktbr. 38,00. — Wetter: Bedeckt.

Paris, 11. Juni. (Schlußcourse.) 3% amort. Rente 95,00, 3% Rente 92,50, 4½% Anl. 106,60, 5% italien. Rente 97,20, österr. Goldrente 94½, 4% ung. Goldrente 91, 4% Russen 1880 — 4% Russen 1889 97,90, 4% unif. Aegypter 493,12, 4% span. äußere Anleihe 78, convert. Türk. 19,60, türk. Loope 84,75, 4% öst. türk. Obligationen 540, Francof. 498,75, Lombarden 306,25, Lomb. Prioritäten 336,25, Banque ottomane 618,75, Banque de Paris 845,00, Banque d'Escompte 520, Credit foncier 1218,75, do. mobilier 461,25, Meridional-Act. 732,50, Panamakanal-Act. 46,25, do. 5% Olbia 35,00, Rio Tinto-Actionen 589,30, Guinean Actionen 2358,75, Gao, Parisien 1395,00, Credit Lyonnais 752,50, Gao pour le Fr. et l'Irrang 565,00, Transatlantique 643,75, B. de France 427,50, Bille de Paris de 1871 412,50, Tabacs Ottom. 199,00, 2½ Con. Angl. 98, Wechsel auf deutsche Blöcke 122½, Londoner Wechsel kurz 25,17½, Cheques a. London 25,19, Mehfel Wien kurz 213,00, do. Amsterdam 206,68, do. Madrid kurz 47, Compt. d'Escompte neue 610,00, Robinson-Act. 73,12.

London, 11. Juni. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) 2½% Consols 106, tal. 5% Rente 96½, Lombarden 120,25, 4% consol. Russen von 1889 (II. Gerte) 98½, com. Türk. 19½, österr. Gilberrente 78½, österr. Goldrente 95, 4% ungarische Goldrente 90½, 4% Spanier 77½, 3% privil. Aegypter 104, 4½% unif. Aegypter 97½, 3% garantirte Aegypter 101½, 4½% ägypt. Tributant 99½, 6% consol. Mexikaner 99½, Ottomanbank 143, 2½% Rio Tinto 94, Canada-Pacific 94½, Do. Beers-Actionen neue 17½, Rio Tinto 23½, Rubinen-Actionen 1½% Agio. Plattsicon 28½.

London, 11. Juni. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Fremde Zufuhren seit gestern Montag: Weizen 56 540, Gerste 2490, Hafer 48 320 Qrtz. Gänmtliche Getreidearten sehr ruhig, fast nominell, unverändert, angekommene Weizenladungen leichter, russischer Hafer er mattend.

London, 11. Juni. An der Börse 12 Weizenladungen angeboten. — Wetter: Regnerisch.

Glasgow, 11. Juni. (Schluß.) Mized numbers warrantis 44 sh. 1 d.

Leith, 11. Juni. Getreidemarkt. Gänmtliche Artikel sehr ruhig, ohne nennenswerthe Preisänderung.

Newyork, 11. Juni. Baumwolle in Newyork — do. in New-Orleans 111½, Raft. Petroleum 70% Abel Test in Newyork 7,20 Br., do. in Philadelphia 7,20 Br., rohes Petroleum in Newyork 7,40, do. Pipe line Certificates per Juli 91½, Ziernlich — Schmalz loco 6,12, So. Rose und Brothers 6,55. — Juker (Fair refining Muscovados) 4½. — Kaffee (Fair Rio) 20, Rio 17, low ordinary per Juli 17,17, per Sept. 16,77.

Newyork, 11. Juni. Wechsel auf London 4,85½.

Rother Weizen loco 0,95½, per Juni 0,93½, per Juli 0,93½, per Decr. 0,94½, — Mehl loco 1½, Zucker 4½/16.

Mais per Juni 0,41½, — Fracht 1½, — Zuckerr 4½/16.

Danziger Börse.

Amtliche Notirungen am 12. Juni.

Weizen loco unveränd., per Tonne von 1000 Kilogr. feinglasig. weiß 126—136½ 146—192 M. Br.

hochbunt 126—134½ 144—192 M. Br.

hellbunt 126—134½ 140—189 M. Br.

bunt 126—132½ 138—188 M. Br.

rot 126—135½ 140—188 M. Br.

ordinär 120—130½ 120—178 M. Br.

Regulierungspreis bunt lieferbar transit 126½ 137 M.

Auf Lieferung 126½ bunt per Juni-Juli zum freien Verkehr 184 M. Br., per Juni-Juli transit 135 M. Br., per Sept.-Oktbr. transit 135½ M. Br., do. per Juli-August transit 135½ M. Br., per April-Mai transit 136 M. Br., per Oktbr.-Novbr. 133½ M. Br. per Nov.-Dezember 133 M. Br.

Roggen loco unveränd., per Tonne von 1000 Kilogr. grobkörnig per 120½ inländ. 137 M. Br.

Regulierungspreis 120½ lieferbar inländ. 138 M. Br., unterpoln. 100 M. transit 99 M.

Auf Lieferung per Juni-Juli inländ. 137 M. Br., transit 99½ M. Br., per Juli-August inländ. 133½ M. Br., do. per Sept.-Oktbr. 133½ M. Br., transit 98 M. Br., per Sept.-Oktbr. 130½ M. Br. unterpoln. 96½ Br., 96 M. Br., transit 95½ Br., 95 M. Br., per Oktbr.-Novbr. 130 M. Br.

Gerste per Tonne von 1000 Kilogr. russische 105½ 101 M. bei.

Kele per 50 Kilogr. Weizen zum See-Export 3,70 bis

Spiritus per 10000 Liter contingentirt loco 54½ M. Br., per Oktbr.-Novbr. 51½ M. Br., nicht contingentirt 50 M. Br., per Novbr.-Mai 51½ M. Br., per Oktbr.-Dezbr. 32½ M. Br., per November-Mai 32 M. Br.

Aufzubr. ruhig, Rendem. 880 Tranfipreis franco Neu-fahrwasser 11,95—12,25 M. Br. per 50 Kilogr. incl. Gada.

Vorsteher-Amt der Kaufmannschaft.

Danzig, 12. Juni. Getreidebörsé. (h. v. Morstein.) Wetter: Regnerisch. — Wind: RD.

Weizen, Inländischer ruhig, unverändert. Transit etwas gefragter. Bezahlt wurde für inländischen bunt ausgewaschen 121½/2 163 M. bunt krank 121½ 168 M. bunt 121½ 176 M. hellbunt etwas krank 124½ 174 M. bunt 121½ 176 M. hellbunt 123½ 184 M. hochbunt 127½ 185 M. Cammer- 128½ 184 M. für volkischen zum Transit rohblatt 126½ 124 M. bunt krank 123½ 126 M. bunt krank 127½ 126 M. hellbunt 127½ 138 M. per Tonne. Termine: Juni-Juli zum freien Verkehr 184 M. Br. transit 136 M. Br., Juli-August transit 135½ M. Br. per 135 M. Br., do. per Sept.-Oktbr. 135½ M. Br. transit 135 M. Br., per April-Mai transit 136 M. Br.

Angekommen:

Neue Synagoge.

Gottesdienst.

Freitag, d. 18. Juni cr., Abends.

7½ Uhr.

Sonntags, d. 19. Juni, Neu-

monatselche, Vormittags 9 Uhr,

Freitag 10 Uhr. (6737)

Heute Nacht 2 Uhr wurden durch

die Geburt eines muntern

Jungen erreicht. (6734)

Rudolph Beier

und Frau.

Danzig, den 12. Juni 1890.

Lodes-Anzeige.

Heute Nachmittags 4 Uhr starb

sant nach 9tagigen schweren

krankenlager an der Lungener-

entzündung unser lieber Bruder,

Schwager und Onkel, der Rentier

Julius Holz

im 55. Lebensjahr, welches ich

im Namen aller Hinterbliebenen

tief betrübt erweise.

Die Beerdigung findet Montag,

den 16. Juni, Nachmittags um

5 Uhr statt. (6716)

Eduard Holz

und Frau.

Grubenködungschaup, den

11. Juni 1890.

Bekanntmachung.

In unser Firmenregister ist bei

der unter Nr. 290 eingetragenen

Firma W. Silberstein heute

folgendes eingetragen:

Die verehrte Pauline Sil-

berstein geb. Wolfraib in Dt.

Ghau hat für ihre Ehe mit dem

Kaufmann W. Silberstein die

bisher unverheiratheten beständene

Gemeinschaft der Güter durch

Vertrag vom 10. Mai 1890,

nachdem ihr Schmiedmann in Concurs

verhunkten, für die Zukunft mit

der Nachgabe ausgeschlossen,

dass das von ihr zu erwerbende

Vermögen die Natur des Vor-

behaltens haben soll. (6710)

Rosenberg Wcr., 10. Juni 1890.

Königl. Amtsgericht I.

Bekanntmachung.

Es wird für das hiesige öffentliche städtische Schlachthaus ein

Trichinenschauer, welcher die Be-

fähigung als Fleischbeschauer durch

Kreisphysiciatzeugniss nachweisen

kann, gesucht.

Derselbe erhält für jedes von

ihm untersuchte Schwein eine Ge-

bühr von 25 S; als Jahresentnah-

me wird ihm der Betrag von

450 M. garantiert.

Der Antritt der Stellung, welche

beiderseits mit vierjähriger Frist gekündigt werden kann,

muss spätestens am 1. September

d. J. erfolgen können.

Eigentige Bewerber werden

aufgefordert, ihre Bewerbungs-

zettel bis zum 1. Juli d. J. an uns

einzureichen. (6754)

Queniburg i. Pomm., den 10.

Juni 1890.

Der Magistrat.

Demac.

Bekanntmachung.

Es wird für das hiesige öffentliche städtische Schlachthaus zur

beschäftigung als Maschinen-

heuer ein Maschinenlohschreiber,

welcher Erfahrungen in der Con-

struction und im Betriebe von

Dampfmaschinen besitzt und sich

darüber durch Zeugnisse auszu-

weisen vermag, gesucht.

Derselbe erhält bei freier Dienst-

wohnung und freiem Brenn-

material ein Jahresinkommen von

600 M. welches von 4 zu

4 Jahren um je 50 M. bis zum

Maximalbetrag von 800 M. steigt.

Derselbe muss die Stellung hier-

sich selbst, welche beiderseits mit

vierjähriger Frist gekündigt

werden kann, spätestens am 15.

August d. J. antreten können.

Eigentige Bewerber werden auf-

gefordert, ihre Bewerbungszettel

bis zum 1. Juli d. J. an uns

einzureichen. (6753)

Queniburg i. Pomm.,

den 10. Juni 1890.

Der Magistrat.

Demac.

Bekanntmachung.

Es wird für das hiesige öffentliche städtische Schlachthaus zur

beschäftigung als Maschinen-

heuer ein Maschinenlohschreiber,

welcher Erfahrungen in der Con-

struction und im Betriebe von

Dampfmaschinen besitzt und sich

darüber durch Zeugnisse auszu-

weisen vermag, gesucht.

Derselbe erhält bei freier Dienst-

wohnung und freiem Brenn-

material ein Jahresinkommen von

600 M. welches von 4 zu

4 Jahren um je 50 M. bis zum

Maximalbetrag von 800 M. steigt.

Derselbe muss die Stellung hier-

sich selbst, welche beiderseits mit

vierjähriger Frist gekündigt

werden kann, spätestens am 15.

August d. J. antreten können.

Eigentige Bewerber werden auf-

gefordert, ihre Bewerbungszettel

bis zum 1. Juli d. J. an uns

einzureichen. (6752)

Große Auction

Hintergasse 16.

Sonntags, den 15. Juni cr., ab-

steigere ich dabei gegen hohe

Zahlung 3 hochelagerte Plüs-

gränturen, 1 Conceriflügel, ca.

20 Delgemäde, d. Kleider- und

Mässigkunde, Gophas, Bettge-

steile, Betten, Tische, Stühle,

Spiegel, sowie verschiedene

Wirtschaftssachen etc.

Wodke.

(6757)

Gerichtsvollzieher in Danzig,

Breitgasse 28.

Gelegenheits-Gedichte

ernsten sowie heiteren Inhalts

werden angefertigt Danzig,

Baumgartische Gasse 34th.

Nach den Kriegsschiffen mit Allegen in Zoppot.

Sonntag, den 15. Juni cr., fährt D. "Dwizig" nach den

Kriegsschiffen, von welchen eins, falls Erlaubnis ertheilt wird, be-

siegen werden soll.

Absatz vom Johannisthore Vormittags 9 Uhr.

Danzig — Zoppot M. 0.50.

Danzig — Kriegsschiffe und zurück 1.00.

Neufahrwasser (aus den Provinzen) — Kriegss-

schiffe und zurück 0.75.

Zoppot — Kriegsschiffe und zurück 0.50.

Billets sind vorher in der Billetterie in Danzig zu haben.

"Weichsel" Danziger Dampfschiffahrt und

Seebad Actien-Gesellschaft.

Eduard Berens. (6744)

Feinste Isländer Matjes - Heringe

(reifer Junisch) empfiehlt (6699)

Joh. Wedhorn, Vorst. Graben 4—5.

Auction

im Ankerspeicher-

raum Hopfengasse 36.

Sonntag, den 12. Juni, Vor-

st. 9 Uhr, werde ich im

Auftrage des Herrn Concurser-

walters Schirmacher aus der

Brummschen Concursmosse

1948 Gund Stahlhähnen

zu Biogemessen

öffentlicht an den Meissbietenden

sofortige daare Bahlung verleiht.

Julius v. Götz, Hundegasse 105.

Butter.

Feinste Centrifugalfettbutter,

vom 9 Uhr Morgens täglich frisch

per Bfd. 1.20 M. Feinste Lefel-

butter, per Bfd. 1 M. somi-

keite fette Kochbutter, per Bfd.

80 und 90 S empfiehlt (6747)

M. Wenzel, Breitgasse 38.

Altes Zink, Blei,

Messing, Kupfer,

Zinn ic.

kaufst du höchsten Tagespreisen